

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Schulleiter/innen aller Wiener Polytechnischen Schulen nimmt zum **Bildungsreformgesetz 2017 – Schulrecht** und zur **Dienstrechtsnovelle 2017 - Bildungsreform**, das unter dem Stichwort „Autonomiepaket“ der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, wie folgt Stellung:

Die geplanten Reformen bringen im Ballungsraum Wien in der vorliegenden Form sowohl für SchülerInnen und deren Eltern, als auch für die LehrerInnen und SchulleiterInnen Nachteile mit sich. Denn deren Bedürfnisse werden nicht ausreichend berücksichtigt.

1. Clusterbildungen:

"Die PädagogInnen und SchulleiterInnen wissen am besten, was ihre Schülerinnen und Schüler brauchen um sie entsprechend zu fördern und zu fordern." Dies ist ein Zitat aus dem Mail der Frau Minister Hammerschmied vom 17.3.2017.

Der Formulierung folgend ist es wenig nachvollziehbar, warum dann die von ihr als kompetent bezeichneten SchulleiterInnen vor Ort reduziert werden sollen.

So können 2 bis 8 Schulstandorte in unmittelbarer räumlicher Nähe und im Bereich der Pflichtschule trotz unterschiedlicher Schultypen in einem Cluster zusammengefasst werden. Damit wird jedoch nicht den individuellen Anforderungen und Bedürfnissen des jeweiligen Standortes entsprochen.

Massive Verschlechterung der Betreuung von SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen vor Ort sind unausweichlich, weil es vor Ort keine/n direkte/n Schulleiter/in als Ansprechpartner/in gibt. Die Funktion des Bereichsleiters ist hier wenig ausreichend, da diese Person selbst unterrichtet und daher weder im Anlassfall noch im zeitlich ausreichenden Umfang für pädagogische, persönliche, (dienst)rechtliche Anliegen von Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen zur Verfügung steht.

Für die PTS bedeutet dies:

Gerade die Wiener Polytechnischen Schulen sind mit Recht als „Brennpunktschulen“ zu bezeichnen, da in diesen überwiegend SchülerInnen mit sozial-emotionalen Defiziten, mit Migrationshintergrund, mit bildungsfernem Elternhaus, mit schwachem sozial-ökonomischen Hintergrund sowie mit Schullaufbahnverlusten beschult werden.

Die Wiener Polytechnischen Schulen brauchen daher weiterhin die direkte pädagogische Leitung durch eine Direktorin bzw. durch einen Direktor. Das Setzen von pädagogischen Maßnahmen, Deeskalation und systemische Beratung können ohne pädagogische Leitung vor Ort nicht betrieben und weiterentwickelt werden. Dazu gehört auch die bewährte Vernetzung unter Wiener Polytechni-

schen Schulen, sowie der Erfahrungsaustausch zwischen den SchulleiterInnen als auch unter den LehrerInnen dieser Schulart.

2. Wegfall der Leitungen für Zentren für Inklusion und Sonderpädagogik:

Die Neuorganisation der sonderpädagogischen Einrichtungen erzeugt ein pädagogisches Vakuum. Wichtige Aufgaben der ZIS-Leitungen können nicht einfach an Volksschulen, Neue Mittelschulen und Polytechnische Schulen übertragen werden.

Die dzt. unterstützenden Maßnahmen durch den/die regionale/n Schulleiter/in ist ein wesentlicher Bestandteil eines erfolgreichen Umgangs mit SchülerInnen mit sonderpädagogischen Förderbedarf, sodass Inklusion gut gelingen kann. Dies wirkt sich besonders bei der Übergabe von SchülerInnen an der Nahtstelle zwischen den unterschiedlichen Schultypen aus. Beim Wegfall der ZIS-Leitungen fehlt ein/e kompetente/r Ansprechpartner/in für die SonderpädagogInnen, da dies weder durch eine/n Bereichsleiter/in noch durch eine/n Clusterleiter/in geleistet werden kann.

3. Die Möglichkeit zur Aufhebung der KlassenschülerInnenhöchstzahl:

Grundsätzlich ist das Instrument der Aufhebung der KlassenschülerInnenhöchstzahl zur variablen Steuerung der Klassen- und Gruppengrößen zu begrüßen. Es besteht aber die Gefahr, dass die Klassen- und Gruppengröße deswegen hinaufgesetzt werden, um Schulraumnot und/oder LehrerInnenmangel zu kompensieren. Dies senkt bei gleichbleibenden bzw. geringer werdenden Ressourcen (Stichwort: Abschaffung der ZIS-Leitungen, Wegfall von örtlichen Schulleitungen durch Clusterbildung) unter diesen Voraussetzungen die Unterrichtsqualität. Zusätzlich erhöht dies gerade bei SchülerInnen mit sozial-emotionalen Defiziten die Reibungswärme und das Konfliktpotenzial und die individuelle Förderung wird nicht mehr im selben Ausmaß möglich sein.

4. Personaleinsatz in einem Schulcluster:

Es ist vorgesehen, dass Supplier- und Vertretungsstunden von allen Lehrpersonen des Schulclusters an allen Standorten des Clusters geleistet werden können. Auch hier wird nicht auf die speziellen Bedürfnisse der einzelnen Schultypen eingegangen. Die Polytechnische Schule, als berufsvorbereitender Schultyp mit allen seinen Fachbereichen, findet hier keine Berücksichtigung. Alle PTS-Standorte in Wien sind derzeit durch vorhandenes Fachpersonal in der Lage sämtliche Fachbereiche anzubieten. Für den Einsatz in diesen Bereichen bzw.

für die Gewährleistung der geforderten Unterrichtsqualität ist ein entsprechendes Fachpersonal unumgänglich. Unter den vom Gesetzgeber angedachten Maßnahmen zum Personaleinsatz ist für unseren Schultyp nicht zu erwarten, dass die geforderte Unterrichtsqualität damit auch eingehalten werden kann. Aus unserer Sicht wird hier wieder nur eine Maßnahme gesetzt, um dem LehrerInnenmangel entgegenzuwirken, was unter anderem wiederum zur Überlastung der LehrerInnen führen kann. So ist nicht zu erwarten, dass z.B.: ein/e Volksschullehrer/in qualitativ hochwertigen und zielgerichteten Unterricht an der Polytechnischen Schule oder in umgekehrter Richtung ein/e PTS-Lehrer/in qualitativ guten Grundschulunterricht erteilen wird können, da die jeweilige Lehrer/innengruppe die Ausbildung und das Lehramt speziell für ihren Schultyp gemacht haben und auch dort eingesetzt werden wollen.

Da die Ausbildung zum Lehrer der Polytechnischen Schule derzeit ausgesetzt ist, wird besonders auf die Vorbildung der dort neu anzustellenden LehrerInnen geachtet und die derzeitigen SchulleiterInnen achten darauf, dass die KollegInnen in Unterrichtsgegenständen eingesetzt werden, die nicht nur ihrer Ausbildung sondern auch ihren Talenten, Neigungen und Interessen entsprechen. Es kann kein qualitätsvoller Unterricht stattfinden, wenn der/die Clusterleiter/in, der/die für die Lehrfächerverteilung und den Stundenplan verantwortlich ist, auch aufgrund der Anzahl der PädagogInnen im Cluster die Qualitäten seiner LehrerInnen nicht kennt.

5. Das SCHOG ist dahingehend zu erweitern:

Im Sinne der neuen Ausbildungspflicht der Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr ist die Polytechnische Schule die einzige einjährige Schulart auf der 9. Schulstufe.

Begründung:

Die Polytechnische Schule vergibt als einzige einjährige Schulform einen gesetzlich verankerten Schulabschluss. Sie bietet eine breite Orientierung über ALLE Berufsfelder neben einer kompetenten Vertiefung der Allgemeinbildung und ist für die Herausforderungen einer inklusiven Pädagogik aufgrund langjähriger Erfahrungen in der Integration von SchülerInnen mit SPF bestmöglich vorbereitet.

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Wiener Polytechnischen Schulen ist daher der Auffassung, dass **dieses Autonomiepaket ein Struktur- und Schulorganisationspaket ist, das uns bei den täglichen Herausforderungen nicht helfen wird und irreführend dargestellt wird, weil es lediglich Kosteneinsparungen bringen wird.**

Wiens Polytechnische Schulen, die allesamt Brennpunktschulen sind, benötigen statt Unruhe bringender Reformen zusätzliche unterstützende Kräfte sowohl im pädagogischen- administrativen- als auch im medizinisch-pflegerischen und sozialen Bereich. Es kann nicht sein, dass diese dringend notwendigen Maßnahmen durch den Wegfall der Leitungsposten und durch Einsparungen beim LehrerInnenpersonal finanziert werden sollen.

Die Österreichische Wirtschaft benötigt gut ausgebildete Fachkräfte, wobei die Basis dafür in den Schulen gelegt wird. Daher ist es für uns Schulleiter/innen inakzeptabel, dass die „Reform“ auf dem Rücken der Kinder und deren Chancen auf Bildung ausgetragen wird.

Mit freundlichen Grüßen

die SchulleiterInnen der Polytechnischen Schule in Wien

Mit der Veröffentlichung dieser Stellungnahme auf der Homepage des Österreichischen Parlaments erklären wir uns ausdrücklich einverstanden.